



Harald Ebner
Mitglied des Deutschen Bundestages

Harald Ebner, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Aktionsbündnis gegen Stuttgart 21
Rotebühlstr. 86/1
70178 Stuttgart

Berlin, 28.01.2013
Bezug: Ihr Schreiben
Anlagen:

Harald Ebner, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Büro: Jakob-Kaiser-Haus
Raum: 2603
Telefon: +49 30 227-73025
Fax: +49 30 227-76025
harald.ebner@bundestag.de

Wahlkreisbüro:
Gelbinger Gasse 87
74523 Schwäbisch Hall
Telefon: +49 791-978237-31
Fax: +49 791-978237-33
harald.ebner@wk.bundestag.de

Sprecher für Agrotechnik

Ausschuss für Ernährung,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Ausschuss für Verkehr, Bau und
Stadtentwicklung

Kostensteigerungen beim Projekt Stuttgart 21

Sehr geehrte Damen und Herren,

herzlichen Dank für Ihr Schreiben vom 19. Dezember 2012 zu den Kostensteigerungen beim Projekt Stuttgart 21 an meine KollegInnen und mich.

Die im Dezember 2012 durch die Bahn verlautbarten Kostensteigerungen um 2,3 Milliarden Euro machen zumindest teilweise das Ausmaß der gigantischen Fehlplanung Stuttgart 21 sichtbar. Damit steht die Deutsche Bahn zu den von uns, Ihnen und vielen anderen Experten schon seit Jahren berechneten und befürchteten tatsächlichen Kosten für das Projekt. Das jahrelange Täuschen, Verheimlichen und Tricksen der Bahn hat nichts genützt, denn nun bricht das Kartenhaus zusammen. Dabei ist noch nicht einmal mit den teuren und enorm risikobehafteten Tunnelbohrungen begonnen worden.

Das Angebot der Deutschen Bahn, Mehrkosten von 1,1 Milliarden Euro zu tragen, ist nicht ausreichend, denn es unterschlägt, dass die Bahn – unter Einbeziehung so genannter externer Risiken – mit Mehrkosten von insgesamt mindestens 2,3 Milliarden Euro rechnet. Aus bahninternen Kreisen ist uns bekannt, dass dort sogar Projektkosten bis zu 11 Milliarden Euro befürchtet werden. Das ist der auch von unseren Gutachtern festgestellte Betrag! Klar ist jedoch: die grün-rote Landesregierung wie auch der Stuttgarter Oberbürgermeister Fritz Kuhn haben unmissverständlich erklärt, keinen Cent über dem vereinbarten Kostendeckel zu übernehmen, Sprechklausel hin oder her.

Mit der Aussage von Herrn Dr. Kefer vor dem Verkehrsausschuss des Deutschen Bundestages am 14. Dezember 2012, die Bahn könne nur dann aus dem Projekt aussteigen, wenn die Projektpartner sie ihrerseits aus den vertraglichen Bindungen entlassen, hat die Bahn in meinen Augen Gesprächsbereitschaft für einen



Projektausstieg signalisiert. Dass dies von Herrn Dr. Kefer anschließend sofort wieder dementiert wurde, tut dem keinen Abbruch. „Niemand hat die Absicht...“.

Diese von Herr Dr. Kefer angedeutete Gesprächsbereitschaft für einen Projektausstieg ist eine Chance für die Projektpartner, weiteren Schaden für die Steuerzahler abzuwenden, und sollte von diesen entsprechend genutzt werden. Die von der Bahn angegebenen Ausstiegskosten von 2 Milliarden Euro können für ein Ausstiegsszenario jedoch keine Grundlage sein. Sie müssen von einer unabhängigen Stelle geprüft werden, genauso wie die nun neu veranschlagten Projektkosten.

Seit der Volksabstimmung am 27.11.2011 haben sich die Rahmenbedingungen grundlegend verändert. Die DB AG hat mit ihrer im Herbst 2012 bekräftigten Beteuerung gegenüber den Projektpartnern, die Kosten halten zu können, und der kurz darauf folgenden Bekanntgabe der Kostenexplosion das Vertrauen in ihre Kooperationsfähigkeit und Aufrichtigkeit gegenüber ihren Partnern nachhaltig erschüttert. Und sie hat ernsthafte Zweifel daran genährt, ob sie als Projektpartner überhaupt in der Lage ist, das Projekt organisatorisch, technisch und planerisch zu stemmen. Damit ist nicht nur die Geschäftsgrundlage der Kooperationsvereinbarung, sondern auch die Bindungswirkung der Volksabstimmung in Frage gestellt.

Für die DB AG ist nach Aussage von Herrn Dr. Kefer Stuttgart 21 inzwischen unwirtschaftlich geworden, und sie würde Stuttgart 21 „mit diesen Zahlen nicht mehr bauen“, so Dr. Kefer im Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung. Wir haben Anlass, davon auszugehen, dass der Bahn der Ausstieg aber auf Weisung aus dem Kanzleramt verwehrt wird. Deshalb ist es an der Zeit, dass der Bundestag endlich seine Verantwortung übernimmt und als Vertretung des Volkes, das Eigentümer der Bahn ist, den Ausstieg aus dem unwirtschaftlichen Projekt vorantreibt. Bundeskanzlerin Merkel hat die Landtagswahl 2011 zur „Volksabstimmung“ über Stuttgart 21 ausgerufen, deren Ergebnis aber nicht respektiert. Mit dem gleichen Kalkül wie damals setzt sie heute darauf, mit dem Festhalten an dem unsinnigen Projekt die grün geführte Regierung im Land zu schwächen. Ich bin zuversichtlich, dass dieses Kalkül nicht aufgehen wird.

Mit freundlichen Grüßen

Harald Ebner

